

Hinter den Kulissen der Wahlsendung: Nach der Wahl geht es zur Kasse

[nach einem Beitrag vom 02.09.2017 von watergate.tv](#)

Die *Merkel-Schulz-Wahl* ist eine Farce.

- **Beide fliegen mit teuren Flügen auf Steuerzahlerkosten - und werden eben diese Steuern jetzt erhöhen.**

Wir alle haben in den vergangenen 10 Jahren jährlich etwa 40 % mehr Steuern gezahlt. Wofür?

- Straßen kaputt, Schulen verrottet, Bundeswehr kampfunfähig,
- Steuern auf Benzin und die Lebensversicherung steigen.



Nach der Wahl geht es zur Kasse

Nach der Wahl geht es rund. Es wird teuer, oder: noch teurer. In der Wahlsupersondersendung werden Sie davon nichts erfahren. Aber schon in den vergangenen Jahren hat sich der Staat immer höhere Steuern geholt. Inzwischen etwa 220 Milliarden Euro pro Jahr.

- **Gleichzeitig spart der Staat über die niedrigen Zinsen, die er selbst zusammen mit der EU verursacht hat, mehr als 10 Milliarden Euro Zins jährlich. Vieles davon zu Ihren Lasten, da die Lebensversicherungen oder die privaten Rentenversicherungen – aber auch die Krankenversicherungen mit deren Sparanteil immer weniger Geld verdienen.**

Das aber reicht dem Staat nicht – bzw. den großen Parteien.

Gleich mehrere Parteien planen, den Spitzensteuersatz heraufzusetzen. Das ist gerecht und gut so. Wirklich?

Die Grenze, aber der Sie mehr zahlen sollen, wird von etwa 54.000 Euro auf 60.000 oder 70.000 Euro im Jahr steigen. Das ist der typische Mittelstand. Dann wird voll abkassiert – ohne Steuersparstrategien wie bei den wirklich reichen. Wer sich so sozial an dem Einkommen von Familien bedienen möchte? Linke, SPD und Grüne.

Zudem werden die Grundsteuern steigen. Wohl in ganz Deutschland, wenn die bisherigen Medienberichte dazu stimmen. Das trifft dann jeden von uns. Eigentümer von Immobilien werden dafür zahlen müssen und selbst die Last tragen. Oder die Mietparteien werden dafür zahlen müssen, weil der Eigentümer die Last weiter reicht.

Auch die Energie wird teurer. Das glauben Sie vielleicht nicht, weil immerhin einige Parteien die Stromsteuer nicht steigern wollen. Aber: Lediglich die FDP möchte senken. Der Rest behält die Stromsteuer einfach bei. Nun stellen Sie sich vor, dass die Strompreise selbst steigen. Etwa, weil die alternativen Energien weiterhin gefördert werden. Steuern, die sich anteilmäßig errechnen, werden auf jeden Fall steigen.

Stellen Sie sich vor, dass die Umsatzsteuer – steigt. Zwar wollen AfD und Linke die Umsatzsteuer sogar senken, aber beide Parteien werden nicht an die Macht kommen. Jedenfalls nicht als führende Kraft. Die Umsatzsteuer aber sollte schon vor Jahren in Europa „*angepflichtet*“ werden. Wir sind gespannt. Es wäre nicht überraschend, wenn im Laufe des Jahres 2018 die Umsatzsteuer klettert.

Benzin: Plötzlich nochmal teurer?

Das dürfte auch den Benzinpreis treffen. Schon heute zahlen Sie Mineralölsteuer. Die Preise an den Tankstellen werden ohnehin wieder klettern, wenn der Euro – dank niedriger Zinsen – wieder an Wert verliert. Was passiert dann? Die Steuer ist relativ – treibt den Preis also automatisch noch einmal nach oben. Darauf noch Umsatzsteuer – dann wird es richtig teuer.

Solizuschlag?

Natürlich wollen viele Parteien den *Solizuschlag* abschaffen oder zumindest reduzieren. Allerdings sollte dies schon vor mehr als 20 Jahren geschehen. Er sollte die Wiedervereinigung Deutschlands mitfinanzieren. Heute ist er ein fester Bestandteil der staatlichen Einnahmen. 4 Milliarden Euro möchte die CDU abschaffen (s. „*Tichys Einblick*, 09/17). Das sind ungefähr 9 % des gesamten Aufkommens bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Also nichts, wie folgende Rechnung zeigt: Wenn Sie etwa 4.000 Euro brutto im Monat verdienen, dann sind dies je nach Familienstand und Anzahl der Kinder sowie nach dem Bundesland 3-4 Euro monatlich.

Dafür aber wird zumindest nach den Vorstellungen der politisch Linken wie auch der Grünen die Vermögensteuer wiederkommen. Wie hoch die sein wird, weiß niemand so richtig. Wie im beschriebenen Beitrag in „*Tichys Einblick*“ richtig dargestellt wird, weiß jedoch niemand, wie Grundstücke und Unternehmen so besteuert werden können, dass die Vermögenssteuer verfassungsgemäß ist. Deshalb wird die Vermögenssteuer 2018 bis 2021 nicht kommen. Wohl aber die Abgeltungssteuer.

Die Abgeltungssteuer: Private Altersvorsorge ade

Damit wird die private Altersvorsorge wieder zunichtegemacht. Die SPD, allerdings hinter vorgehaltener Hand auch die anderen größeren Parteien, wollen die *Abgeltungssteuer* von 25 % plus Soli + Kirchensteuer auf Gewinne in der Geldanlage am liebsten wieder abschaffen. Sie wird dann durch die Einkommensteuer ersetzt.

Was wird passieren? Gerade der Mittelstand muss dann die private Altersvorsorge mit höheren Steuern belasten. Reiche oder zumindest Wohlhabende werden die Gewinne ggf. in Unternehmen verlagern (GmbHs) und damit die Steuerlast senken. Ärmere sparen ohnehin kaum – wovon auch -, womit die möglicherweise günstigere Besteuerung bei niedrigen Einkommensteuersätzen keine Rolle spielt.

Es bleiben „*normale*“ Familien.

Auch die Grunderwerbsteuer dürfte weiter steigen. Das zahlen Käufer von Immobilien. Die Bundesländer werden gezwungen, ab 2020 keine neuen offiziellen Verbindlichkeiten mehr aufzunehmen. Deshalb werden die Länder ihre eigenen Einnahmen noch steuern müssen. Die Grunderwerbsteuer gehört den Ländern.

Das heißt:

- **Sie zahlen. Inzwischen etwa 6 % vom Kaufpreis – Tendenz weiter steigend.**
→ *Zudem werden die Banken durch die niedrigen Zinsen immer weniger Geld verdienen. Die nächsten Schockmeldungen werden jetzt noch zurückgehalten – doch bald erhalten Sie tatsächlich auch als Privatkunde bei Banken einen Strafzins auf Einlagen.*

Deshalb:

- **Es wird immer teurer. Selbst wenn die EU nicht ein enormes Krisenprogramm finanzieren müsste. Doch selbst das ist möglich. Italienische Banken krachen bald zusammen – und die EU wird gemeinschaftlich haften.**
- ❖ **Was auch immer Merkel und Schulz im Wahlkampf „spielen“ – nach dem 24. September wird es teuer für Sie.**